



24. MÄRZ 1946

REDE DES VORSITZENDEN DER CDU IN DER BRITISCHEN ZONE, KONRAD ADENAUER, IN DER AULA DER UNIVERSITÄT ZU KÖLN

Meine lieben Freunde!

Ich danke Ihnen für diesen herzlichen Willkomm. Er gilt naturgemäß in erster Linie dem Vorsitzenden unserer Partei, er gilt aber auch - das fühle ich - dem Kölner, der früher unter Ihnen und mit Ihnen gearbeitet hat. Und dafür danke ich Ihnen von ganzem Herzen. Ich darf auch den Mitgliedern des Kölner Männergesangvereins danken. Es war mir eine Freude zu sehen, dass der Kölner Männergesangverein sich verjüngt hat. Er hat sehr viele junge Stimmen unter sich. Ich hoffe, dass es mit unserer Partei auch einmal so wird, dass wir Alten abtreten können und dass dann sehr viele junge Kräfte an unsere Stelle treten. Der Kölner Männergesangverein sang als zweites Lied das schöne Morgenlied von Eichendorff, und zum Schluss klang hieraus hervor, was uns alle beleben muss: Morgenrot funkle empor! Trotz aller Nacht, die auch jetzt noch über uns liegt, meine lieben Freunde, wollen wir daran festhalten, dass doch Morgenrot wieder empor tritt.

Als ich heute Vormittag von Deutz in die Stadt einfuhr, war es mir wie immer: es legte sich wie würgend auf mich dieses Bild unserer armen, geschändeten Stadt. Ich habe manche große Stadt gesehen seit Kriegsende, ich habe Vergleiche gehört von unbefangenen Ausländern: keine große Stadt ist vom Krieg so schwer getroffen wie Köln. Und dabei hatte sie von allen deutschen Großstädten es am wenigsten verdient; denn nirgendwo ist dem Nationalsozialismus bis 1933 so offener und seit 1933 so viel geistiger Widerstand geleistet worden, nirgendwo waren die nationalsozialistischen Stimmen sogar noch bei den letzten freien Wahlen im Jahre 1932 prozentual so niedrig wie in Köln. Aber Katastrophen, Entfesselung elementarer, dämonischer Gewalten treffen den Schuldigen wie den Nichtschuldigen. So hart auch Köln getroffen ist, ich bitte Euch, verzaget nicht! Unglück, Leid und Not wecken schlummernde Kräfte im Menschen. Lassen Sie mich an die Jahre 1918-1924 erinnern. Sicher ist heute das Geschick Kölns, die Lage ganz Deutschlands, die Lage eines jeden Einzelnen unvergleichlich viel härter und dunkler. Aber es ist doch gut, wenn man einmal zurückdenke an diese schweren Jahre, und wenn man dann weiter daran denkt, was das deutsche Volk, was wir besonders hier in Köln in anderthalb Jahrzehnten geschaffen haben.

Auch damals war Not, ungeheure Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Verbrechen, eine unvorstellbare Inflation, Separatismus, Sorge um

Deutschlands Zukunft. Den vereinten Kräften der gesamten Bürgerschaft ist es damals gelungen, alle diese Nöte und Gefahren zu überwinden. Diesen vereinten Kräften ist noch mehr gelungen. Wir haben trotz aller Schwierigkeiten große Aufgaben gelöst. Lassen Sie mich einiges in Ihr Gedächtnis zurückrufen: Die Messe, die Mülheimer Brücke, der Niehler Hafen, die Universität, die großen Wohnsiedlungen, der Grüngürtel. Die Messe ist heute zerstört, die Mülheimer Brücke, die unser Stolz war, ist dahin, aber die Wohnsiedlungen, wenn auch beschädigt, stehen noch. Der Niehler Hafen, der bei seiner Planung so heiß umkämpfte Niehler Hafen, ist gerade jetzt von lebenswichtiger Bedeutung für Köln geworden. Die Universität steht auch, der Grüngürtel, wenn auch verwildert, lebt noch, hoffentlich bald wieder in alter Ordnung und Schönheit. Ich bin niemals so glücklich gewesen, dass es uns gelungen ist, allen Schwierigkeiten zum Trotz gerade den Grüngürtel zu schaffen, wie jetzt, da so weite Teile der Stadt zerstört sind, da so viele Kölner verurteilt sind, unter Trümmern ihre Tage zu verbringen. Jetzt kann er noch mehr als vordem seine Bestimmung erfüllen, den Kölnern, die es ja jetzt mehr nötig haben als je zuvor, seelischen und körperlichen Ausgleich, seelische und körperliche Erholung zu bringen. Die Universität lebt. Pflegt sie! Denkt daran, dass sie eine große Aufgabe hat, dass wir sie ins Leben zurückgerufen haben in schwerer und gefahrvoller Zeit als Hort deutschen Geistes am Rhein.

Wie war es möglich, dass das Aufleben deutschen Geistes so kurz war? Wie ist es möglich, dass die nach 1918 entstandene Deutsche Republik nur 15 Jahre Bestand hatte, wie war es möglich, dass das Bismarcksche Reich, 1871 gegründet, bald schon der mächtigste Staat der Welt, bereits 1918 nach 47 Jahren zusammenbrach, ein Reich, das so stark und fest schien wie kaum ein anderes europäisches Land jener Zeit! Wie war das nationalsozialistische Reich, zuerst von vielen Harmlosen mit Jubel begrüßt, dann wegen seiner abgrundtiefen Gemeinheit und Niedertracht von vielen, sehr vielen Deutschen zwar gefürchtet, aber auch verachtet und verflucht, wie war das im deutschen Volke möglich?

Wie war es möglich, dass dieser Krieg von der nationalsozialistischen Regierung begonnen werden konnte, ein Krieg, der trotz anfänglicher blendender Erfolge notwendigerweise verloren werden musste? Wie war es möglich, dass in diesem Kriege Wunder an Tapferkeit und Pflichttreue geleistet werden konnten, und dass dicht daneben im selben Volke Verbrechen über Verbrechen größten Ausmaßes begangen wurden? Wie war es möglich, diesen Krieg weiter fortzuführen, trotzdem sein Verlust lange feststand, fortzuführen bis zur eigenen Selbstvernichtung!

Wie war dieser Absturz des deutschen Volkes bis ins Bodenlose möglich? Und wie trägt jetzt das deutsche Volk sein furchtbares Geschick: Hunger und Kälte, Not und Tod, ein Leben einstweilen ohne jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft, in völliger politischer Machtlosigkeit, verachtet von allen Völkern der Erde!

Das deutsche Volk trägt diese schwerste Zeit seiner Geschichte mit heldenhafter Stärke, Ausdauer und Geduld, mit einer geduldigen Stärke, die

stärker ist als alle Not. Ich habe mich seit 1933 oft geschämt, ein Deutscher zu sein, in tiefster Seele geschämt: vielleicht wusste ich mehr als manche andere von den Schandtaten, die von Deutschen an Deutschen begangen wurden, von den Verbrechen, die an der Menschheit geplant wurden.

Aber jetzt, jetzt bin ich wieder stolz darauf, ein Deutscher zu sein. Ich bin so stolz darauf, wie ich es nie zuvor, auch nicht vor 1933 und nicht vor 1914 gewesen bin. Ich bin stolz auf den Starkmut, mit dem das deutsche Volk sein Schicksal erträgt, stolz darauf, wie jeder einzelne duldet und nicht verzweifelt, wie er versucht, nicht unterzugehen, sich und die Seinigen aus diesem Elend hinüberzuretten in eine bessere Zukunft. Gerade Köln, das heilige Köln; das zerstörte, das geschändete, das in Trümmern liegende Köln, hat uns so unzählige Beispiele stillen, duldenden Heldentums gezeigt! Wenn man so die Geschichte Deutschlands seit mehr denn hundert Jahren an sich vorüberziehen lässt, dann drängt sich jedem, der nur etwas nachdenkt, die Frage auf, was ist denn nun mit dem deutschen Volke, wie ist das alles gekommen? Das ist keine müßige Frage, das ist eine Frage, die man sich stellen muss, trotz Wohnungsnot, trotz Kälte, trotz Hunger -. Wir wollen doch wieder heraus aus diesem Elend, aus dieser Tiefe; aber wie können wir den rechten Weg finden zum Aufstieg, wenn wir nicht erkennen, was uns in die Tiefe geführt hat?

Wir wollen nicht verzweifeln, wir wollen nicht dahindämmern, wir wollen wieder aufwärts. Und wenn wir nicht mehr bessere Tage erleben, dann sollen unsere Kinder und Kindeskinde dereinst wieder bessere Zeiten sehen. Das ist doch unser aller Wille, aber den richtigen Weg zu unserem Ziel finden wir nur, wenn wir erkennen, wie wir in diese verhängnisvollste Periode der Geschichte des deutschen Volkes hineingekommen sind.

Ich verlange kein Schuldbekenntnis des gesamten deutschen Volkes, obgleich viele Deutsche eine sehr schwere, viele eine Schuld trifft, die zwar minder schwer ist, aber doch Schuld bleibt. Ich glaube auch nicht, dass die vernünftigen und ruhiger denkenden Menschen in den nichtdeutschen Ländern ein solches öffentliches Schuldbekenntnis verlangen.

Aber eine Gewissenserforschung müssen wir für uns anstellen in unserem eigenen Interesse, damit wir den richtigen Weg finden zum Wiederaufstieg.

Was sind die tiefsten Gründe dafür, dass wir schließlich in einen solchen Abgrund gestürzt sind? Auf die Einzelheiten kommt es bei einer solchen Untersuchung nicht an; sie sind auch vielfach noch nicht klar gestellt, aber die tieferen, die wirkenden Ursachen dieser Katastrophe liegen klar zutage. Sie reichen weit zurück vor das Jahr 1933. Der Nationalsozialismus hat uns unmittelbar in die Katastrophe hineingeführt. Das ist richtig. Aber der Nationalsozialismus hätte in Deutschland nicht zur Macht kommen können, wenn er nicht in breiten Schichten der Bevölkerung vorbereitetes Land für seine Giftsaat gefunden hätte. Ich betone, in breiten Schichten der Bevölkerung. Es ist nicht richtig, jetzt zu sagen, die

Bonzen, die hohen Militärs oder die Großindustriellen tragen allein die Schuld. Gewiss, sie tragen ein volles Maß an Schuld, und ihre persönliche Schuld, deretwegen sie vom deutschen Volk vor deutschen Gerichten zur Rechenschaft gezogen werden müssen, ist um so größer, je größer ihre Macht und ihr Einfluss waren. Aber breite Schichten des Volkes, der Bauern, des Mittelstandes, der Arbeiter, der Intellektuellen, hatten nicht die richtige Geisteshaltung, sonst wäre der Siegeszug des Nationalsozialismus in den Jahren 1933 und folgende im deutschen Volk nicht möglich gewesen. Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson. Es hat den Staat zum Götzen gemacht und auf den Altar erhoben. Die Einzelperson, ihre Würde und ihren Wert hat es diesem Götzen geopfert. Die Überzeugung von der Staatsomnipotenz, von dem Vorrang des Staates und der im Staat gesammelten Macht vor allen anderen, den dauernden, den ewigen Gütern der Menschheit, ist in zwei Schüben in Deutschland zur Herrschaft gelangt. Zunächst breitete sich diese Überzeugung von Preußen ausgehend nach den Freiheitskriegen aus. Dann eroberte sie nach dem siegreichen Krieg von 1870/71 ganz Deutschland.

Der Staat wurde durch den von Herder und den Romantikern aufgedeckten Volksgeist, vor allem durch Hegels Auffassung vom Staat als der verkörperten Vernunft und Sittlichkeit, in dem Bewusstsein des Volkes zu einem fast göttlichen Wesen. Mit der Überhöhung des Staates war zwangsläufig verbunden ein Absinken in der Bewertung der Einzelperson. Macht ist mit dem Wesen des Staates untrennbar verbunden. Die Einrichtung, in der sich staatliche Macht am sinnfälligsten und eindrucksvollsten äußert, ist das Heer. So wurde der Militarismus zum beherrschenden Faktor im Denken und Fühlen breitester Volksschichten.

Nach der Gründung des Kaiserreichs unter preußischer Vorherrschaft wandelte sich der Staat aus seinem ursprünglich lebendig gefügten Wesen mehr und mehr in eine souveräne Maschine. Die großen äußeren Erfolge, die, wenn auch historisch gesehen nur für kurze Zeit dem Bismarckschen Reich, seiner Auffassung vom Staat und der Macht beschieden waren, die schnell zunehmende Industrialisierung, die Zusammenballung großer Menschenmassen in den Städten und die damit verbundene Entwurzelung der Menschen machten den Weg frei für das verheerende Umsichgreifen der materialistischen Weltanschauung im deutschen Volk. Die materialistische Weltanschauung hat zwangsläufig zu einer weiteren Überhöhung des Staats- und Machtbegriffs, zur Minderbewertung der ethischen Werte und der Würde des einzelnen Menschen geführt.

Die materialistische Weltauffassung des Marxismus hat zu dieser Entwicklung in sehr großem Umfange beigetragen. Wer eine Zentralisierung der politischen und der wirtschaftlichen Macht beim Staate oder bei einer Klasse erstrebt, wer demzufolge das Prinzip des Klassenkampfes vertritt, ist ein Feind der Freiheit der Einzelperson, er bereitet zwangsläufig den Weg der Diktatur im Fühlen und Denken seiner Anhänger vor, wenn schließlich auch ein anderer den so vorbereiteten Weg der Diktatur be-

schreitet. Dass diese Entwicklung zwangsläufig ist, zeigt die Geschichte solcher Staaten, in denen Karl Marx der Messias und seine Lehre das Evangelium ist.

Der Nationalsozialismus war nichts anderes als eine bis ins Verbrecherische hinein vorgetriebene Konsequenz der sich aus der materialistischen Weltanschauung ergebenden Anbetung der Macht und Missachtung, ja Verachtung des Wertes des Einzelmenschen. In einem Volk, das so erst durch die preußische überspitzte und übertriebene Auffassung vom Staat, seinem Wesen, seiner Macht, den ihm geschuldeten unbedingten Gehorsam, dann durch die materialistische Weltanschauung geistig und seelisch vorbereitet war, konnte sich, begünstigt durch die schlechte materielle Lage weiter Volkskreise, verhältnismäßig schnell eine Lehre durchsetzen, die nur den totalen Staat und die willenlos geführte Masse kannte, eine Lehre, nach der die eigene Rasse die Herrenrasse und das eigene Volk das Herrenvolk ist und die anderen Völker minderwertig, zum Teil vernichtungswürdig sind, nach der aber auch in der eigenen Rasse und im eigenen Volk der politische Gegner um jeden Preis vernichtet werden muss.

Der Nationalismus hat den stärksten geistigen Widerstand gefunden in denjenigen katholischen und evangelischen Teilen Deutschlands, die am wenigsten der Lehre von Karl Marx, dem Sozialismus, verfallen waren! Das steht absolut fest!

Diese Auffassung von der Vormacht, von der Allmacht des Staates, von seinem Vorrang vor der Würde und der Freiheit des einzelnen widerspricht dem christlichen Naturrecht. Wir wollen die Grundsätze des christlichen Naturrechtes wiederherstellen.

Nach der dem Programm der CDU zugrunde liegenden Auffassung ist die Person dem Dasein und dem Range nach vor dem Staat. An ihrer Würde, Freiheit und Selbständigkeit findet die Macht des Staates sowohl ihre Grenze als ihre Orientierung. Freiheit der Person ist nicht Schrankenlosigkeit und Willkür, sie verpflichtet jeden beim Gebrauche seiner Freiheit, immer eingedenk zu sein der Verantwortung, die jeder einzelne für seine Mitmenschen und für das ganze Volk trägt.

Der Fundamentalsatz des Programms der CDU, der Satz, von dem alle Forderungen unseres Programms ausgehen, ist ein Kerngedanke der christlichen Ethik: die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich. Aus diesem Satz ergibt sich eine Staats-, Wirtschafts- und Kulturauffassung, die neu ist gegenüber der in Deutschland seit langem üblichen. Nach dieser Auffassung ist weder der Staat, noch die Wirtschaft, noch die Kultur Selbstzweck; sie haben eine dienende Funktion gegenüber der Person. Die materialistische Weltanschauung macht den Menschen unpersönlich, zu einem kleinen Maschinenteil in einer ungeheuren Maschine, sie lehnen wir mit der größten Entschiedenheit ab.

Sinn des Staates ist es, die schaffenden Kräfte des Volkes zu wecken, zusammenzuführen, zu pflegen und zu schützen. Das ganze Volk soll zu Verantwortungsbewusstsein und zu Selbständigkeit erzogen werden. Der Staat soll sein eine auf Recht und Freiheit ruhende Schicksalsgemeinschaft verantwortlicher Personen, die die verschiedenen Interessen, Weltanschauungen und Meinungen zusammenfasst. Wir wollen Erziehung, aber nicht zu der Bereitwilligkeit, sich kontrollieren und führen zu lassen, sondern zu dem Willen und der Fähigkeit, sich als freier Mensch verantwortungsbewusst in das Ganze einzuordnen. Diese Erziehung soll in christlichem und demokratischem Geiste geschehen, und sie soll insbesondere allen jüngeren Menschen den Zugang in ihnen bisher verschlossene, jedoch allgemein gültige menschliche Überzeugungen und Haltungen öffnen.

In der heimatlosen, durcheinander geschobenen, atomisierten Masse, als die sich jetzt unser Volk darstellt, muss jedes Einzelwesen angesprochen und zu Selbstbewusstsein und Verantwortungsgefühl geführt werden. Wie weit das gelingt, ist heute die Schicksalsfrage unseres Volkes und nicht etwa die Frage, wie viele und welche der wenigen uns noch verbliebenen Betriebe sozialisiert oder wie viel Hektar Land enteignet werden sollen.

Wenn aber diese Aufgabe überall in Angriff genommen und mit Sachkunde und Hingabe durchgeführt wird, werden nach und nach aus dem lebendig erfassten Volk die Menschen sich herausheben, die durch Charakterstärke und Urteilssicherheit zur politischen, sittlichen und geistigen Leitung geeignet und gewillt sind.

Es ergeben sich aus unserer Grundeinstellung folgende Sätze für das Verhältnis zwischen Einzelperson und Staat: der Staat besitzt kein schrankenloses Recht, seine Macht findet ihre Grenze an der Würde und den unveräußerlichen Rechten der Person. Die Mehrheit hat kein willkürliches und uneingeschränktes Recht gegenüber der Minderheit. Auch die Minderheit hat Rechte und Pflichten. Gleiches Recht, Rechtssicherheit und Anerkennung der grundlegenden Bedeutung der Familie für das Volk; Recht der Frau auf freie Betätigung im beruflichen und öffentlichen Leben.

Die Demokratie erschöpft sich für uns nicht in der parlamentarischen Regierungsform oder gar in der Herrschaft einer Mehrheit über eine Minderheit. Wie die parlamentarische Regierungsform sogar zur Herbeiführung der Diktatur missbraucht werden kann, wenn die Menschen nicht wirklich demokratisch denken und fühlen, das haben uns die ersten Monate des Jahres 1933 gezeigt. Demokratie ist mehr als parlamentarische Regierungsform; sie ist eine Weltanschauung, die ebenfalls wurzelt in der Auffassung von der Würde, dem Werte und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen, die das Christentum entwickelt hat. Demokratie muss diese unveräußerlichen Rechte und den Wert eines jeden einzelnen Menschen achten im staatlichen, im wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Wer wirklich demokratisch denkt, muss sich im-

mer leiten lassen von der Achtung vor dem anderen, vor seinem ehrlichen Wollen und Streben.

Ich glaube, dass aus meinen bisherigen Ausführungen hervorgeht, warum wir uns christlich demokratisch nennen.

Wir nennen uns christliche Demokraten, weil wir der tiefen Überzeugung sind, dass nur eine Demokratie, die in der christlich-abendländischen Weltanschauung, in dem christlichen Naturrecht, in den Grundsätzen der christlichen Ethik wurzelt, die große erzieherische Aufgabe am deutschen Volke erfüllen und seinen Wiederaufstieg herbeiführen kann.

Wir nennen uns Union, weil wir alle diejenigen, die auf diesem Boden stehen, zu politischer Arbeit zusammenführen wollen, gleichgültig welchem Bekenntnis sie angehören.

Wir legen Wert darauf, sogar entscheidenden Wert, in unserem Namen unsere weltanschauliche Einstellung offen und klar zu bekennen.

Die politische Tätigkeit jeder Partei wird wohl auf längere Zeit hinaus in gewisser Weise abhängig sein von der Beurteilung, die ihr Programm bei den Militärregierungen erfährt. Ich habe zeitweise den Eindruck gehabt, als ob man nicht bei allen britischen Stellen die Betonung der christlichen Weltanschauung bei einer politischen Partei verstehe. Es gibt auch deutsche Kreise, die meinen, es sei nicht nötig, in unserem Namen das Wort "christlich" zu führen. Es sind das Kreise der Freien Demokraten und - man höre und staune - des Zentrums. Ja, die Sozialdemokratie empfindet es nach Herrn Dr. Schumacher fast als beleidigend für die anderen Parteien, dass wir uns christlich nennen; wir unterstellten damit anderen Parteien, sie seien weniger christlich oder gar christentumsfeindlich.

Nun, meine Damen und Herren, um auf das letztere vorweg zu antworten: wir alle würden uns von Herzen freuen, wenn die Sozialdemokratie erklären würde, sie sei ebenso christlich ihrer Gesinnung nach wie wir. Ich werde im Verlaufe meiner Rede noch Gelegenheit haben, wenn ich auf das Verhalten der Sozialdemokratie uns gegenüber eingehe, hierauf zurückzukommen.

Ich könnte mir denken, dass diese religiös-weltanschauliche Untermauerung einer politischen Partei für England fremd und nicht ohne weiteres verständlich ist. In England gibt es eine ähnliche Partei nicht. Das hat meines Erachtens einen einfachen Grund. In England ist religiöses, christliches Empfinden in weiteren Kreisen verbreitet als in Deutschland. Daher stehen in allen seinen Parteien viele Mitglieder auf christlichem Fundament. Das ist aber im übrigen Westeuropa und insbesondere in Deutschland anders. Ich meine, es ist nicht zufällig und ohne inneren Grund, dass sich in Holland, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Österreich, in Deutschland Parteien gebildet haben, die auf christlichen Grundsätzen sich aufbauen und das auch in ihrem Namen zum Ausdruck bringen.

Für Deutschland kommt noch eins hinzu. Deutschland ist eines der religionslosesten und unchristlichsten Völker Europas. Das war es schon vor 1914. Trotzdem die Berliner manche wertvollen Eigenschaften aufwiesen, habe ich damals schon immer in Berlin das Gefühl gehabt, in einer heidnischen Stadt zu sein. So haben sich in Deutschland Parteien gebildet, die bewusst und gewollt das Christentum bekämpften. Dazu gehörte die nationalsozialistische Partei, die zwölf Jahre lang mit allen Mitteln versucht hat, das Christentum in Deutschland zu unterdrücken und auszurotten; sie hat das öffentliche Leben in Deutschland planmäßig entchristlicht. Dazu gehörte früher die Deutsche Sozialdemokratie; dazu gehört der deutsche Kommunismus. Die SPD betont jetzt, dass sie nicht christentumsfeindlich sei, sie ist aber sicherlich auch nicht christentumsfreundlich. Es ist doch schon bezeichnend, wenn sich in ihr religiös eingestellte Mitglieder zu einer besonderen Gruppe zusammenschließen müssen. Das kann doch nur daran liegen, dass diese Mitglieder der SPD fürchten, ohne engeren Zusammenschluss gänzlich einflusslos zu bleiben. Aber auch sie nennen sich "Gruppe religiöser Sozialisten", nicht etwa Gruppe christlicher Sozialisten; und wie stark sie sind, das ist nicht zu erfahren.

Es liegt auf der Hand, dass sich als Gegenpol zu solchen, dem Christentum ablehnend oder weniger freundlich gegenüber stehenden Parteien in Deutschland Parteien bilden, die auf dem Christentum fußen und das auch betonen. Es kommt ein weiteres hinzu, was ich besonders auch im Ausland zu beachten bitte. In Deutschland ist nun einmal die Parteipolitik "weltanschaulich" fundiert, in England meines Wissens nicht. Der anerkannte Führer der SPD, Herr Dr. Schumacher, predigt immer wieder den Sozialismus als Weltanschauung, nicht etwa als politische oder wirtschaftliche Idee.

Ich führe noch eine weitere entscheidende Tatsache an, die es notwendig macht, dass eine große Partei sich zusammenfindet und bildet auf dem Boden des Christentums.

Das deutsche Volk ist zur Zeit in einem derartigen geistigen und seelischen Zustand, es ist derartig alles, schlechthin alles bei ihm zusammengebrochen, die Erziehung der jüngeren Generation ist so vernachlässigt, es ist in einer solchen materiellen Not, dass man schon die tiefsten Kräfte, die in jedes Menschen Seele schlummern, erwecken muss: das sind die religiösen, um es wieder der Gesundheit entgegenzuführen. In erster Linie ist das Sache der Kirchen. Aber bei unseren chaotischen Zuständen überschneiden sich noch mehr als sonst öffentliches Leben und religiöse Bereiche. Das deutsche Volk muss in seinem ganzen Denken und Fühlen umerzogen werden. Das ist auch eine wesentliche Aufgabe der politischen Parteien. Diese Aufgabe kann aber nur von einer weltanschaulich fundierten Partei wirklich gelöst werden. Die SPD bezeichnet den Sozialismus als ihre Weltanschauung, wir das Christentum.

Für das wirtschaftliche und soziale Leben stellen wir folgende Grundsätze auf: Es ist nicht damit getan, dass sich jemand Sozialist nennt, ohne zu

sagen, was er will. Wir ziehen es vor, mit klaren und einfachen Worten zu sagen, was wir auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet wollen.

Wir sind der Auffassung, dass die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat. Die Wirtschaft soll dem Menschen dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft. Unsere grundsätzliche Auffassung verbietet es uns, als Sinn der Wirtschaft nur das ungehemmte Gewinnstreben des Einzelnen zu sehen. Die Wirtschaft hat sich dem Gemeinwohl unterzuordnen. Eine vernünftige Planung und Lenkung der Wirtschaft, ein ständiges Koordinieren der Kräfte in unserer Zeit ist unerlässlich. Dies geschieht vielleicht am besten in Selbstverwaltungskörperschaften, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und unbeteiligte Konsumenten gleichberechtigt vertreten sind. Wir wollen Beteiligung der Arbeiterschaft an Führung und Verantwortung, und zwar nicht nur im Rahmen der genannten Selbstverwaltungskörperschaften, sondern auch in großen anonymen Kapitalgesellschaften, in denen das Eigentumsrecht mehr oder weniger an Einfluss hinter dem Direktionsrecht zurückgetreten ist. Wir wollen weiter Beteiligung der Arbeiterschaft am Ertrag, gerechten Ausgleich zwischen Unternehmer und Arbeiter. Für uns ist der Arbeitsvertrag nicht ein rein schuldrechtliches Verhältnis, sondern auch ein Gemeinschaftsvertrag. Der Arbeiter verkauft seine Arbeit nicht als Ware, wie es der Anschauung des Hochkapitalismus und auch des ökonomischen Materialismus entspricht. Er geht vielmehr mit dem Unternehmer ein Gemeinschaftsverhältnis ein.

Diese Auffassung steht in engem Zusammenhang mit unserer Ansicht über das Zustandekommen des wirtschaftlichen Ertrages. Das Kapital und der dahinter stehende unternehmerische Geist können nicht ohne die Arbeit und die Arbeit kann nicht ohne das Kapital und die schöpferische Initiative des Unternehmers bestehen. Hierin liegt die sittliche Grundlage für eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrages.

Unsere Auffassung von der Freiheit und Würde der Einzelperson verbietet eine die wirtschaftliche und die politische Freiheit gefährdende Zusammenballung wirtschaftlicher Macht an einzelnen Stellen, sei es an privaten oder auch an öffentlichen. Dass der Staat, der die politische Macht hat, ein grausamer Arbeitgeber sein kann, hat uns das nationalsozialistische Regime bewiesen. Verstaatlichung der Produktionsmittel ist in unseren Augen deshalb nicht unbedingt und immer mit sozialem Fortschritt gleichzusetzen. Solange die deutsche Wirtschaft nicht frei ist, kann im übrigen die Frage der Vergesellschaftung kaum praktisch werden. Um auch nicht kapitalkräftigen, aber arbeitsfreudigen Menschen eine unternehmerische Betätigung zu ermöglichen, ist das Genossenschaftswesen zu fördern.

Besondere Bedeutung messen wir dem Neubau des deutschen Gewerkschaftswesens zu. Die Zusammenfassung der Arbeiterschaft in parteipolitisch neutralen Gewerkschaften wird von uns begrüßt, aber auch nur unter der Voraussetzung, dass diese Gewerkschaften wirklich parteipolitisch neutral sind.

Die CDU verfügt in ihren Reihen über eine große Zahl gewerkschaftlich geschulter Arbeiterführer aus den früheren Christlichen Gewerkschaften. Es wird von weiten Kreisen der Arbeiterklasse in allen Teilen der britischen Zone mit Recht verlangt, dass diese Männer in den neuen Gewerkschaften an leitenden Stellen tätig sind, um den reichen Schatz an Erfahrungen, den sie als Führer der Christlichen Gewerkschaften sich erworben haben, zur Geltung zu bringen und um auf alle Fälle einer Gefährdung der politischen Neutralität vorzubeugen.

Ich rufe deshalb die früheren christlichen Gewerkschaftsführer zur Mitarbeit und zur Verantwortung in den neuen deutschen Gewerkschaften auf und erinnere sie an die stolze Tradition der ehemaligen Christlichen Gewerkschaften.

Bei der Kohle handelt es sich um einen wirtschaftlichen Grundstoff von entscheidender Bedeutung. Daher erstreben wir die möglichst baldige Vergesellschaftlichung der Bergwerke.

Die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Freiheit des einzelnen wie der Gesamtheit verlangt die Anerkennung des Privateigentums. Das Eigentumsrecht verdient den gleichen Schutz und erleidet die gleiche Einschränkung wie andere Privatrechte. Es hat zu weichen gegenüber einem auch nach ethischen Grundsätzen höheren Recht. Mäßiger Besitz möglichst vieler ist eine wesentliche Sicherung des demokratischen Staates. Der Erwerb mäßigen Besitzes ist daher nach Möglichkeit zu fördern. Das gilt besonders auch für den Erwerb eines Eigenheims.

Wir wollen Arbeit für jeden, der arbeiten will. Weil beim Handwerker, beim Bauern, beim Mittel- und Kleinbetrieb die Forderung nach einer größeren Freiheit der Arbeit und der Leistung für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber aus der inneren Struktur heraus leichter zu verwirklichen ist, verlangen wir für sie eine besondere Förderung. Der Handarbeiter, der Handwerker und der Bauer darf sich nicht der Erkenntnis verschließen, dass Würde nicht nur in der Arbeit liegt, die Materie verwandelt und wirtschaftliche Werte unmittelbar erzeugt, sondern auch in der Arbeit, die dem Geiste dient und geistige Werte schafft. Ein Wort noch zum Berufsbeamtentum, welches heute morgen mit einer Kundgebung in diesem Saal an die Öffentlichkeit getreten ist. Ich bin gewiss der Ansicht, dass das Berufsbeamtentum von einigen Schlacken zu befreien ist. Es ist uns aber ein Bedürfnis festzustellen, dass wir das Berufsbeamtentum für unentbehrlich beim Neuaufbau halten. Experimente in dieser Hinsicht lehnen wir als gefährlich ab.

Ich gehe über zur Auswirkung unserer Grundeinstellung auf die kulturelle Arbeit. Wir wollen, dass unsere alte Kultur zurückfindet zu ihrer Grundlage, zur christlich-abendländischen Kultur, deren Kern die hohe Auffassung von der Würde der Person und dem Werte jedes einzelnen Menschen ist. Der Schule und der Erziehung, die während der nationalsozialistischen Zeit so vernachlässigt worden sind, gilt unsere besondere Sorge, weil wir trotz aller wirtschaftlichen Not nur in wahrhaft guten Schulen aller Art, die das Wissen und die Erziehung des Charakters in

gleicher Weise pflegen, das Heil des deutschen Volkes sehen. Auf allen Gebieten macht sich infolge der geistigen Oede der letzten zwölf Jahre und der Verluste, die der Krieg gebracht hat, ein erschreckender Mangel an wirklich tüchtigen und auf ihren Gebieten führenden Menschen bemerkbar. Trotz der wirtschaftlichen Not wird der Staat den über den Durchschnitt Begabten durch materielle Hilfe den Weg zum Aufstieg ebnen müssen. Es besteht sonst die große Gefahr, dass das deutsche Volk tief unter das Niveau sinkt, das es früher einmal eingenommen hat.

Die Regelung der Volksschulfrage hat in der Vergangenheit zu erbitterten Kämpfen der Parteien geführt, bis es zu einer vorläufigen Verständigung kam, die durch die Zustimmung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu dem preußischen Konkordat 1929 auch nach außen hin ihren sichtbaren Ausdruck fand. Die sich auf diese Verständigung gründende bekenntnismäßige Schule hat die nationalsozialistische Regierung im Jahre 1939 durch Einführung der sogenannten deutschen Einheitsschule unter Bruch des Rechts beseitigt. Was soll jetzt werden?

Auf allen anderen Gebieten werden die Rechtsbrüche, die die nationalsozialistische Regierung begangen hat, beseitigt. Der frühere Rechtszustand wird wieder hergestellt. Das wollen wir auch für das Volksschulwesen. Es geht nicht an, gerade den Rechtsbruch der Nationalsozialisten zu sanktionieren, der von den breitesten Schichten der Bevölkerung als besonders schwer empfunden wird. Darum verlangen wir für die preußischen Teile der britischen Zone Wiederherstellung der bekenntnismäßig gegliederten Volksschule als Regelschule entsprechend dem preußischen Gesetz von 1906 und dem preußischen Konkordat von 1929. Dieser Rechtszustand muss wieder hergestellt werden und muss bleiben, es sei denn, dass ein frei gewähltes Parlament ihn auf verfassungsmäßigem Wege ändert. Für eine solche Neuregelung, die durch ein gewähltes Parlament etwa vorgenommen würde, fordern wir, dass der Wille der Erziehungsberechtigten, der Eltern, über die weltanschauliche Gestaltung der Volksschule entscheiden soll. Die Erziehung ist bei der Volksschule wesentlicher als die Vermittlung von Wissen. Für die Erziehung der Kinder sind aber in erster Linie die Eltern verantwortlich und nicht der Staat. Ihr Wille muss daher entscheidend sein auch hinsichtlich der weltanschaulichen Art der Schule, auf die sie ihre Kinder schicken wollen.

Es ist bei der Bedeutung, die das Wirken der christlichen Kirchen und aller Religionsgesellschaften für das deutsche Volk hat, die Pflicht des Staates, sie zu schützen. Das vertrauensvolle Zusammenwirken von Staat und Kirchen ist eine Grundforderung unseres Programms. Die staatliche Erziehung soll Achtung vor den Kirchen, die kirchliche Erziehung Achtung vor dem Staat sorgfältig pflegen. Die christlichen Bekenntnisse sollen unbeschadet und unter voller Wahrung ihres Wesens und ihrer Eigenart im öffentlichen Leben zusammenwirken.

Die größte Aufmerksamkeit werden wir der Ausmerzung des nationalsozialistischen und militaristischen Geistes in Deutschland widmen müssen. Die aktiven Nationalsozialisten und die aktiven Militaristen, die für den Krieg und seine Verlängerung Verantwortlichen, dazu gehören insbeson-

dere auch gewisse Wirtschaftsführer, müssen aus ihren Stellungen entfernt werden. Sie müssen je nach Lage des Falles von deutschen Gerichten bestraft, ihr Vermögen muss ganz oder teilweise beschlagnahmt werden. Das Elend, das sie über Deutschland, über die ganze Welt gebracht haben, schreit zum Himmel. Deutsche Gerichte sollen ihnen das Urteil sprechen. Die nationalsozialistischen Konjunkturgewinne und die Kriegsgewinne müssen eingezogen werden. Aber wir wollen nur den treffen, der wirklich schuldig ist; die Mitläufer, diejenigen, die nicht andere unterdrückten, die sich nicht bereicherten, keine strafbaren Handlungen begangen haben, soll man endlich in Ruhe lassen. Sie selbst sollen Zurückhaltung üben, weil sie, wenn auch nur zu einem manchmal sehr kleinen Teil, mit Schuld tragen, an dieser entsetzlichen Entwicklung. Sie können in unsere Partei eintreten, wenn sie zunächst auch keine Funktion darin ausüben sollen. Aktiver Militarist ist nicht der Soldat, gleichgültig welchen Ranges, ob Offizier oder nicht, der in anständiger Weise seine Pflicht erfüllt und nichts anderes getan hat. Er darf deswegen keine Zurücksetzung erfahren.

Wenn man harmlose Mitläufer und Soldaten, die glaubten, ihre Pflicht zu erfüllen, deswegen zurückstößt, so züchtet man geradezu einen verstiegenen und extremen Nationalismus.

Eine ernste Sorge sind für uns die Altersjahrgänge, die ihre Ausbildung und Erziehung ganz oder zum größten Teil unter der Herrschaft des Nationalsozialismus erhalten haben. Man muss sich einmal vor Augen führen, dass der heutige 22jährige 1933 erst zehn Jahre alt war. Zunächst ist ihre berufliche Ausbildung schlecht infolge des Krieges und der Vernachlässigung der Schulen durch den Nationalsozialismus. Daher sind ihre Aussichten für die Zukunft besonders trüb. Wir müssen versuchen, dem abzuweichen. Vor allem aber besitzen sie eine völlig falsche politische Sicht. Die Altersjahrgänge, um die es sich handelt - sie gehen bei Männern und Frauen bis über das 30. Lebensjahr hinaus - werden verhältnismäßig bald die Träger des politischen Lebens in Deutschland sein; ihre Einstellung, ihre Denkungsart wird maßgebend werden. Es ist abwegig, ihnen Vorwürfe zu machen. Sie haben alle die Jahre hindurch in politischer Hinsicht nichts gehört als das, was der Nationalsozialismus ihnen sagte. Wie kann man da von ihnen politische Urteilsfähigkeit verlangen, da sie noch Kinder waren, als der Nationalsozialismus die Macht an sich riss.

Es würde ganz falsch sein, nach einer Bestrafung zu rufen, wie es vielfach gerade sogar von deutscher Seite geschieht. Man züchtet dadurch einen wütenden Nationalismus. Es gibt nur ein Mittel gegen diesen Geist, und das ist Aufklärung und Belehrung. Man muss sie darüber aufklären, was der Nationalsozialismus und seine Führer in Wirklichkeit waren, ihnen zeigen, dass die heutige Situation Deutschlands, ihre eigene traurige Lage, eine Folge der nationalsozialistischen Politik und Führung sind. Diese Aufklärung und Belehrung wird vergebens sein, wenn sie von alliierter Seite kommt. Die Jugend wird ihr nicht glauben. Und auch das muss man verstehen. Sie muss von autoritativen deutschen Stellen planmäßig und ruhig, nicht agitatorisch erfolgen, sonst erreicht man

nichts. Bei dieser Aufklärung, nicht nur der Studenten, müssen unsere Universitäten und Hochschulen aller Art, führende Männer und Frauen aller Richtungen mitwirken. Strafe für den, der Schuld hat, aber Belehrung und Aufklärung für die weiten Kreise unseres Volkes, die ohne eigene Schuld planmäßig irregeleitet worden sind.

Gut wäre es, wenn die politisch Interessierten aus den jüngeren Jahrgängen sich in Arbeitskreisen der CDU zusammenfänden, wie dies in ausgezeichneter Weise und ohne jede Einwirkung der älteren Generation in Köln geschehen ist, um sich in gemeinsamer Arbeit die Grundlage einer neuen politischen Sicht zu erarbeiten. Die Voraussetzungslosigkeit der jüngeren Generation scheint mir dabei ein besonders wertvoller Ansatzpunkt zu einer ungetrübten Sicht und einer wahrhaft realpolitischen Haltung werden zu können.

Noch ein Wort zu der Zugehörigkeit jüngerer Menschen zu nationalsozialistischen Formationen. Ich meine, es entspricht dem Gebot der natürlichsten Gerechtigkeit, hier mit besonders milden Maßstäben zu messen. Es ist ein Unding, einen jungen Menschen heute ins soziale Elend zu stoßen, weil er als Kind hinter einer Maultrommel und einem Wimpel hergelaufen und vielleicht sogar dabei Häuptling einer Jugendhorde gewesen ist. Ich würde es begrüßen, wenn die britische Besatzungsmacht besondere Anweisung für die Behandlung der Jüngeren in dieser Beziehung erteilte.

Unser Land wird im Höchstfall 40 Millionen Menschen ernähren können, aber unsere Einwohnerzahl wird über 60 Millionen sein. Das Gespenst des Hungertodes für viele Millionen können wir nur bannen, wenn wir unserem Boden auch das Letzte abringen und wenn andererseits die Alliierten uns genügend industrielle Produktionsstätten belassen, um durch Export und Import unsere Menschen ernähren und kleiden zu können. Wenn wir 40 Millionen aus eigener Scholle ernähren wollen, dürfen wir bodenreformerische Experimente nicht machen. Die Bodenverteilung in der britischen Zone ist auch nicht so, dass hierzu Veranlassung bestünde, abgesehen von gelegentlichen Korrekturen.

Was wir bisher über den zukünftigen Umfang unserer Industrie und unseres Exportes gehört haben, übersteigt unsere schlimmsten Befürchtungen. Wir hoffen, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Über die Beseitigung der unmittelbaren Kriegsschäden hat die CDU Ihnen folgendes zu sagen: Wir wollen einen billigen Ausgleich der Kriegsschäden. Es handelt sich dabei um eine so elementare Forderung der Gerechtigkeit, dass ich zur Begründung kaum etwas zu sagen brauche.

Ich möchte auf folgendes hinweisen: wenn man durch die britische Zone fährt, so sieht man beträchtliche Strecken Landes, die äußerlich vom Kriege unberührt sind. Allerdings haben auch sie an der Sorge für die Flüchtlinge zu tragen. Dennoch ist ein gerechter Ausgleich mit den zerstörten Gebieten, besonders des Westens, notwendig. Auch die Wirtschaftsverwaltungen sollten sich darüber klar sein, dass ein Schematis-

mus hier ungerecht ist. Ich führe als Beispiel Köln an. Köln ist mehr zerstört als andere Städte. Es kann nur hochkommen, wenn es mehr Zuteilungen an Baustoffen und anderen Dingen erhält als weniger zerstörte Städte, und zwar solange, bis deren Vorsprung aufgeholt ist.

Wir wollen Sorge und Hilfe in materieller, sozialer und kultureller Hinsicht für die Millionen von Flüchtlingen, die aus allem herausgerissen sind und vielfach überhaupt nichts mehr besitzen. Die Sorge für sie ist ebenso ein Gebot christlicher Barmherzigkeit wie politischer Klugheit, um das Überhandnehmen asozialer Elemente zu verhindern. Wenn wir an den Wiederaufbau unserer zerstörten Städte und Ortschaften, unserer industriellen Unternehmungen gehen, dann wollen wir lernen aus den Fehlern der Zeit der Industrialisierung, des Entstehens unserer großen Städte. Die Zusammenballung großer Menschenmassen auf engstem Raum darf sich unter keinen Umständen wiederholen, und ebenso wenig darf die sich daraus ergebende Wertsteigerung des Grund und Bodens einzelnen zugute kommen. Ich erblicke seit vielen Jahren in dieser verfehlten Boden- und Siedlungspolitik der früheren Zeit eine der Hauptquellen für die materialistische Einstellung weiter Kreise unseres Volkes, für seine Entwurzelung und innere Haltlosigkeit. Hier sehe ich eine bodenreformatorische Aufgabe größten Ausmaßes von vitaler Bedeutung für unsere Zukunft.

Eine Partei muss Stellung nehmen zu den anderen Parteien, zu ihren Programmen, ihren Ansprüchen und soweit es die Selbstachtung erfordert, auch zu den Agitationsmethoden der anderen Parteien. Bei den notwendigen Auseinandersetzungen muss man sich von der Überzeugung leiten lassen, dass keine Partei für sich allein Deutschland aus seiner Not retten kann, dass daher im Interesse des deutschen Volkes alle Parteien zur ehrlichen Zusammenarbeit bereit sein müssen.

Ich will zuerst über die Sozialdemokratische Partei sprechen. Ich werde mich dabei auf das absolut Notwendigste beschränken und soweit es das Gebot der Selbstachtung irgendwie zulässt, alles vermeiden, was die im Interesse des deutschen Volkes einmal notwendig werdende Zusammenarbeit mit ihr unsererseits gefährden könnte. Eins möchte ich an die Spitze meiner Ausführungen stellen. Seit einiger Zeit gefährdet die SPD diese zukünftige Zusammenarbeit sowohl durch ihre Ansprüche wie ihre Agitationsmethoden. Und zwar tut das keine Geringerer als Herr Dr. Schumacher, der anerkannte Führer der SPD, seit einigen Monaten in Wort und Schrift. Er hat das getan u. a. in Reden in Bonn und in Köln, in Nr. 2 der Schriftenreihe für die Unterrichtung und die Arbeit der sozialdemokratischen Funktionäre. Das ist nicht immer so gewesen. Ende September 1945 war in Godesberg eine Zusammenkunft von führenden Männern der SPD und der CDU: führende Männer beider Parteien hatten gemeinsam zu dieser Besprechung eingeladen. Als Führer der SPD war nicht Herr Dr. Schumacher anwesend, wohl aber Herr Severing. Dort kam man aus der Überzeugung heraus, dass die CDU und die SPD in gemeinsamer Arbeit das deutsche Volk retten müssen, zu dem Gentleman Agreement gegenseitiger Rücksichtnahme ohne Verwischung der Verschiedenheit der politischen Auffassungen in prinzipiellen Fragen.

Im September 1945 hat Herr Dr. Schumacher vertrauliche Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren für den Gebrauch der führenden Funktionäre herausgegeben. Auch auf diese Richtlinien werde ich im Laufe meiner Ausführungen noch zurückkommen. Auch sie melden zwar schon einen für uns unerträglichen Führungsanspruch für die SPD an, sie sind aber in dem gegen uns angewandten Ton noch erträglich.

Das alles ist im Laufe der letzten Monate völlig, von Grund auf anders geworden. Herr Dr. Schumacher beleidigt uns fortgesetzt in der größlichen Weise. Er hat damit nicht nur das Godesberger Abkommen gebrochen, er gefährdet damit auch die künftige, im Interesse des deutschen Volkes notwendige Zusammenarbeit auf das stärkste. Wenn ich mich lediglich als Parteiführer fühlte, könnte ich mich über diese neue Methode des Herrn Dr. Schumacher freuen; denn sie liefert uns ein prachtvolles Agitationsmaterial, aber als- Deutscher bedauere ich sie tief. Ich appelliere an die SPD und den Herrn Dr. Schumacher vom Herbst 1945: wir sind bereit, das Godesberger Abkommen weiter zu halten, wenn es kein einseitiges Abkommen bleibt, sondern auch von der SPD gehalten wird. Mit Herrn Dr. Schumacher muss ich mich über folgende Punkte auseinandersetzen:

1. er behauptet, die CDU betreibe eine rücksichtslose und reaktionäre Politik bei der Besetzung wichtigster Ämter;
2. die CDU von heute sei nicht die Partei, wie sie bei ihrer Gründung geplant worden sei.
3. Die CDU sei keine weltanschauliche, sondern eine reine Besitzverteidigungspartei, die sich des Christentums nur als Tarnung bediene.
4. Die SPD habe in Deutschland den Führungsanspruch, weil sie allein von allen Parteien seit 80 Jahren die Prinzipien des Friedens und der Demokratie hochgehalten habe.

Lassen Sie mich zunächst die Behauptung Dr. Schumachers von der rücksichtslosen und reaktionären Personalpolitik der CDU abtun. Hören Sie, was Dr. Schumacher darüber am 3. Februar 1946 von dieser Stelle aus gesagt hat:

"Es gibt in Deutschland keine Stelle, in der die Sozialdemokratie sich so benehmen würde wie die CDU in der Rheinprovinz. Es ist keine gute Demokratie, wenn alter Wein in neue Schläuche gegossen wird. Man wird nicht ein christlicher Aufbaupolitiker, wenn man, um Oberpräsident zu werden, von den Deutschnationalen in eine neue Partei übergeht. Diese Figur ist ja nicht vereinzelt."

An einer anderen Stelle: "Was soll ich denn dazu sagen, wenn eine solch belastete und in sich der Zukunft so wenig zugewandte Figur wie dieser Oberbürgermeister a.D. Jarres der Beichtvater und politische Berater der CDU im Rheinland ist."

Demgegenüber stelle ich folgendes fest: Ehe der Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz, Dr. Lehr, - diesen hat Herr Dr. Schumacher gemeint - auf den Posten berufen wurde, hat die britische Militärregierung Vertreter der KPD, der SPD und der CDU kommen lassen und sie gefragt, ob sie mit der Berufung von Herrn Dr. Lehr auf den Posten eines Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz einverstanden seien. Alle drei Parteivertreter haben erklärt: jawohl. Der Vertreter der britischen Militärregierung hat dann weiter gefragt, ob die Herren auch für ihre Parteiangehörigen im Lande sprächen. Auch diese Frage ist von allen drei Parteivertretern ausdrücklich bejaht worden. Was nun Herrn Dr. Jarres angeht, so könnte ich mit Herrn Jarres in allen möglichen Stellungen vorstellen, aber nicht in der, die ihm Herr Dr. Schumacher zuweist, Beichtvater der CDU im Rheinland zu sein. Ich bin der Vorsitzende der CDU in der Nord-Rheinprovinz, und wenn Herr Jarres unser parteipolitischer Beichtvater wäre, so würde man sich doch schon mal sehen oder sprechen. Ich erkläre hiermit ausdrücklich, dass ich Herrn Dr. Jarres seit Jahren weder gesehen, noch gesprochen, noch mit ihm Briefe gewechselt habe.

Ich will mich nicht in Einzelheiten ergehen, aber darf ich Herrn Dr. Schumacher in aller Zurückhaltung an die Verhältnisse im Regierungsbezirk Aachen und der Stadt Aachen erinnern? Regierungspräsident in Aachen ist ein höchst aktiver Sozialdemokrat. Oberbürgermeister der Stadt Aachen ist ebenfalls ein Sozialdemokrat. Dabei hat sowohl der Regierungsbezirk Aachen wie die Stadt Aachen immer eine prozentual sehr geringe sozialdemokratische Stimmenzahl bei den freien Wahlen gehabt.

Hören Sie weiter, was Herr Dr. Schumacher über die CDU bei ihrer Gründung und die heutige CDU sagt: "Als die CDU gegründet worden ist, da meinten sicher wackere und wohlmeinende Männer, die Dinge der Politik auf eine neue Plattform zu heben, aber in der Zwischenzeit sind die Nazis, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei böser kapitalistischer und klassenkämpferischer Färbung in diese CDU hineingeströmt. Die Struktur und die politische Physiognomie dieser CDU hat sich seit diesen Tagen grundlegend geändert. [...] Die CDU hat, ob mit oder ohne ihren Willen, das Bett gemacht, in dem die Reaktionäre der Harzburger Front bereits kräftig schnarchen." Nun, meine Damen und Herren, an sich wäre es doch auch sicher im Sinne des Herrn Dr. Schumacher erwünschter, wenn die Reaktionäre im Bett lägen, schliefen und schnarchten, als wenn sie wühlten und tätig wären. Er müsste uns also, von seinem Standpunkt aus eigentlich dafür danken, dass wir die Reaktionäre der Harzburger Front zur Ruhe gebracht hätten. Aber seine ganzen Behauptungen sind völlig falsch. Die Struktur und die politische Physiognomie der CDU hat sich seit den Tagen ihrer Gründung in keiner Weise geändert. Wir achten mit der größten Sorgsamkeit darauf, dass wir die Partei eigener Prägung entsprechend unserem Programm sind und bleiben. Es ist nicht wahr, dass Mitglieder der von Herrn Dr. Schumacher genannten Parteien in unsere CDU hineingeströmt wären. Gewiss, wir nehmen genau wie die SPD und die KPD unbelastete frühere Nationalsozialisten als Mitglieder auf; sie können aber bis auf weiteres keine führenden Stellungen bei uns erhalten. Wir lehnen es durchaus ab,

eine Rechtspartei zu sein, wir lehnen es auch ab, eine Linkspartei zu sein. Über alles dies herrscht bei uns vollste Einmütigkeit.

Hören Sie, was Herr Dr. Schumacher von unserer Partei weiter sagt: Er behauptet, die CDU sei eine reine Besitzverteidigungspartei, der eigentliche Beweggrund ihrer Existenz seien die wirtschaftlichen Interessen derjenigen, die noch etwas hätten und von ihrem Besitz möglichst nichts abgeben wollten. Bei uns herrsche nicht der Geist der Bergpredigt, wohl aber der Geist einer Besitzverteidigung, die Deutschland zugrunde gehen ließe, wenn bloß das eigene Portemonnaie geschont bliebe. Jetzt müsse bei uns der Begriff christlich zur Tarnung für unsere Besitzverteidigungsbestrebungen erhalten. Diese beleidigenden Behauptungen werden immer und immer wieder vorgetragen und in die Welt geschleudert, damit sie sich allmählich in den Gehirnen festsetzen und zur Überzeugung werden. Irgend einen Beweis für seine Behauptungen versucht Dr. Schumacher nicht einmal zu erbringen. Die ganze Methode erinnert in peinlicher Weise an die Propagandamethoden einer hinter uns liegenden Zeit. Ich bedaure die schweren Beleidigungen, die Herr Dr. Schumacher gegen die CDU schleudert, aufs tiefste. Er wirft uns nicht mehr und nicht weniger vor, als dass wir krasse, egoistische Motive hätten und uns heuchlerischer Weise christlich tarnten.

Ist sich eigentlich Herr Dr. Schumacher klar, was er mit solchen Beleidigungen anrichtet? Ich kann es mir gar nicht vorstellen, dass ein politisch denkender Kopf im heutigen Deutschland derartig mit der Ehre einer großen Partei umspringt. Man möge sich doch einmal klarmachen, welches Echo ein Führer der CDU haben würde, wenn er etwa behauptete, die Sozialdemokraten seien im Grunde genommen gar keine Sozialisten; sie seien reine Opportunisten und Machtpolitiker, genau wie die früheren preußischen Junker, den Sozialismus hängten sie sich nur als Mäntelchen um, um ihre rein machtpolitischen Ziele dahinter zu verbergen. Die Behauptungen Herrn Dr. Schumachers sind besonders absurd, weil die westlichen Provinzen Deutschlands, in denen der Hauptteil unserer Anhänger wohnt, unendlich viel mehr durch den Krieg gelitten und verloren haben als diejenigen Landesteile, in denen hauptsächlich Anhänger der Sozialdemokratie wohnen.

Ich weise diese Behauptungen für meine Parteifreunde mit Entrüstung zurück, und ich mache die Sozialdemokratische Partei mit Nachdruck auf die Folgen aufmerksam, die die Wiederholung derartiger Beleidigungen bei uns nach sich ziehen müssen.

Ich komme zu dem von Herrn Dr. Schumacher immer wieder wiederholten Führungsanspruch der Sozialdemokratie in Deutschland. Wir haben zu beanstanden sowohl die Erhebung dieses Führungsanspruches, wie seine Begründung. Zur Begründung führt Herr Dr. Schumacher aus: die bürgerlichen Parteien, das sind nach ihm alle Parteien mit Ausnahme der SPD und der KPD, hätten zusammen mit dem Kapitalismus den Nationalsozialismus geschaffen, um sich an der Herrschaft zu halten. Die Sozialdemokratie dagegen habe allein von allen Parteien seit 80 Jahren die Prinzipien des Friedens und der Demokratie vertreten. Die bürgerlichen

Parteien, die Vertreter des Kapitalismus, seien mit ihrer Politik restlos zusammengebrochen. Die von der Sozialdemokratie allein vertretenen Prinzipien des Friedens und der Demokratie hätten sich bewährt, darum gebühre der SPD jetzt die Führung in Deutschland.

Derartige Ausführungen werden in der britischen Zone in der Öffentlichkeit, sowohl wie in den zahlreichen Besprechungen, die sozialdemokratische Funktionäre mit Vertretern der britischen Militärregierung haben, immer wieder wiederholt. In London werden diese Gedanken von sozialdemokratischen Emigranten verbreitet. Die SPD hat damit bisher nennenswerte Erfolge in der öffentlichen Meinung Englands und wohl auch bei der britischen Militärregierung gehabt. Der "Economist" führte am 2. Februar 1946 in einem "Zerstückeltes Deutschland" überschriebenen Artikel aus: "Es muss nochmals gesagt werden, dass ein Entschluss zur Verlängerung der Zonenverwaltung keineswegs einem Versuch gleichkommen darf, aus der Zonenaufteilung eine ständige Zerstückelung werden zu lassen. Er kann lediglich auf der Überzeugung aufgebaut werden, dass eine auf Sozialdemokratie, Verstaatlichung und Erweiterung der Produktion aufgebaute Politik das richtige für ganz Deutschland ist, und die beste Methode, diese Politik auf ganz Deutschland zu übertragen, wäre, in der britischen Zone den Beweis ihres einwandfreien Funktionieren zu erbringen."

Hier wird also in dem sehr angesehenen Blatt ausdrücklich erklärt, dass die Politik der britischen Regierung auf der Sozialdemokratie aufgebaut werden müsse.

Bei den Behauptungen, die Herr Dr. Schumacher zur Begründung des Führungsanspruches der SPD in Deutschland aufstellt und die ich oben wiedergegeben habe, handelt es sich um eine Geschichtsklitterung schlimmster Art. Darum muss ich ausführlicher auf sie eingehen.

Es ist nicht richtig, wie Herr Dr. Schumacher behauptet, dass das Großkapital den Nationalsozialismus ins Leben gerufen habe, um die bürgerlichen Parteien am Ruder zu halten. Ich bin kein Freund von Großkapitalisten und ebenso wenig ein Freund der Trusts und Kartelle. Ich erkläre, dass sie zum weitaus größten Teil einen falschen und nicht genügend sozialen Gebrauch von ihren Machtmitteln gemacht haben, dass ich nicht wünsche, dass wieder "Großkapitalisten" entstehen - zur Zeit weiß ich wirklich keine -, dass Großkapitalisten niemals eine die Freiheit bedrohende politische Macht gewinnen dürfen. Aber: den Nationalsozialismus hat das Großkapital nicht geschaffen. Der Nationalsozialismus war nicht ihre Erfindung, das lässt sich klar und eindeutig beweisen. Der Nationalsozialismus war vom ersten Augenblick an scharf gegen die Juden eingestellt. Im Großkapital aber waren Juden durchaus maßgebend. Glaubt einer, dass diese maßgebenden jüdischen Herren ihren Todfeinden, nämlich den Nationalsozialisten, zur politischen Macht verholfen haben? Nein, das hieße doch die Intelligenz und Klugheit dieser Herren gewaltig unterschätzen.

Die Erfinder des Nationalsozialismus waren militärische Kreise, waren hohe Militärs. Sie erkannten, dass es zwei Schlagworte von fabelhafter Zugkraft für die große Masse des deutschen Volkes gab, die Worte "national" und "Sozialismus". Übrigens gibt es jetzt sozialdemokratische Führer, die die gleiche Erkenntnis haben. Sie betonen in ihren Reden sehr stark den nationalen Akzent, und sie stellen den Sozialismus hin als die Erlösung der Menschheit von allen Übeln. Verzeihen Sie die kurze Abschweifung; ich wiederhole: diese Militaristen, die in sehr hohen militärischen Stellen waren oder gewesen waren, erkannten die propagandistische Zugkraft der Worte "national" und "Sozialismus". Sie verbanden sie zu einem Wort und schufen eine neue Art von Sozialismus, den Nationalsozialismus. Sie sagten sich, dass man, um dem Instinkt breiter Massen entgegenzukommen, einen namenlosen Soldaten an die Spitze stellen müsse. So verfielen sie auf Hitler, der in politischen Diskussionsabenden, die von Formationen der Reichswehr in München veranstaltet wurden, durch seine populäre Rhetorik aufgefallen war. Seine ganze militärische Organisation hat der Nationalsozialismus von seinen militärischen Vätern, nicht von Hitler, der niemals systematisch arbeiten konnte, nicht von Göring, der sich jahrelang vorsichtig zurückhielt, bis er sah, dass diese Partei eine Macht zu werden versprach und dass er durch den Anschluss an sie persönliche Chancen habe. Das Geld, das nötig war, um eine solche ungeheure Organisation wie die nationalsozialistische Partei aufzubauen, kam zuerst aus den Schwarzen Fonds der Reichswehr, der Reichswehr, die von sozialdemokratischen Ministern und auch von dem mir hochverehrten Reichspräsidenten Ebert immer mit größter Zartheit und Rücksicht behandelt wurde.

Die Wirtschaftskreise sind erst der nationalsozialistischen Partei mit finanziellen Mitteln zur Hilfe gekommen, als diese Partei die stille Approbation und Unterstützung der Reichswehr gefunden hatte. Ich verurteile scharf diese militärischen und die wirtschaftlichen Kreise; sie tragen große Schuld und müssen deshalb zur Rechenschaft gezogen werden, ich musste aber diese Feststellungen treffen, einmal um der historischen Wahrheit willen, dann aber auch um entschieden gegen die Behauptungen Dr. Schumachers Front zu machen, es gebe nur noch ein Heilmittel für das deutsche Volk, den Sozialismus, weil der Kapitalismus das Nazitum über Deutschland und die Welt gebracht habe, um sich und die bürgerliche Klasse zu retten.

Und wie steht es mir der Behauptung, die SPD sei die einzige Partei in Deutschland, welche seit 80 Jahren unentwegt die Prinzipien des Friedens und der Demokratie vertreten habe? Die kriegerischen Wirren, welche Europa und fast die ganze Welt überzogen haben, haben mit dem Kriege 1914/18 begonnen. Wer hat zusammen mit allen anderen Parteien im Reichstag für die Kriegskredite gestimmt? Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion unter Zustimmung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses. 1870 hat sie noch gegen die Kriegskredite gestimmt, 1914 hat sie dafür gestimmt, und die beiden Mitglieder der Fraktion, die sich dagegen wandten, Liebknecht und Rühle, aus der Fraktion ausgeschlossen. Es liegt mir natürlich völlig fern, irgendwie einen Vorwurf gegen die damalige sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu erheben,

aber ich stelle doch fest, dass es mit den achtzig Jahren, während denen die SPD immer nur die Prinzipien des Friedens vertreten und allein von allen Parteien vertreten habe, nicht so recht stimmt.

Die Sozialdemokratische Partei sollte wirklich nicht das Monopol der Vollkommenheit für sich beanspruchen. Alle Menschen haben Fehler, und alle Parteien haben auch Fehler, die Hauptsache ist, dass man weiß, dass man Fehler hat, und dass man sich nicht so hoch erhaben über alle anderen vorkommt. Ich habe sozialdemokratische Minister gekannt, die feurige Militaristen waren, mit denen ich mich persönlich deswegen auseinandergesetzt habe, und es hat außerhalb der sozialdemokratischen Partei Männer und Einrichtungen gegeben, die mit Mut und Unerschrockenheit für den Friedensgedanken eingetreten sind- Ich weise hier hin auf den "Friedensbund deutscher Katholiken" und auf den Universitätsprofessor Dr. Benedikt Schmittmann von der Universität Köln. Er war führend tätig im Friedensbund deutscher Katholiken. Er wurde deswegen sofort bei Beginn des Krieges verhaftet und im Konzentrationslager Oranienburg getötet. Er gehört zu den wenigen Universitätsprofessoren, die im Kampfe gegen den Nationalsozialismus ihr Leben dahingegeben haben. Er war Professor der Universität Köln. Die Universität Köln kann stolz darauf sein, dass sie diesen Märtyrer einst zu ihren Dozenten zählen durfte.

Welche Partei in der britischen Zone und in Deutschland die Führung übernehmen wird, - ich meine, man sollte mit dem Wort Führer und Führung in Deutschland endlich einmal Schluss machen und statt dessen sagen, welche Partei in der britischen Zone und in Deutschland die Hauptverantwortung übernehmen soll, - werden die demnächst stattfindenden Wahlen zeigen. Bis Wahlen stattgefunden haben, gibt es meines Erachtens für alle Fragen, deren Regelung Rücksicht nehmen muss auf die Stärke der Parteien, nur einen objektiven Maßstab. Das ist das Ergebnis der letzten freien Wahlen vor 1933. Ich bitte die britische öffentliche Meinung und die britische Militärregierung, in Zukunft sich dieses Maßstabes zu bedienen, er ist der einzige, der vom Standpunkt der Objektivität und der Demokratie aus berechtigt ist.

Wenn Herr Dr. Schumacher sagt, die SPD sei heute zweifellos die stärkste Partei in Deutschland, so erlaube ich mir, ihm demgegenüber auf folgende Ziffern hinzuweisen. Bei den Wahlen in Süddeutschland am 20. und 27. Januar 1946 haben insgesamt an Stimmen erhalten:

KPD 153010
SPD 1127295
CDU 1554370.

Wie steht es denn nun eigentlich mit der Demokratie der SPD? Ist es wirklich so, wie Herr Dr. Schumacher behauptet: "Effektiv ist die Demokratie in Deutschland heute nicht sehr viel stärker als die Sozialdemokratische Partei." Sieht denn Herr Dr. Schumacher gar nicht ein, dass auch eine derartige Behauptung kränkend für uns ist? Mir scheint, dass ihm das Wesen der Demokratie noch nicht völlig klar ist. Zum Wesen der

Demokratie gehört Achtung vor der Überzeugung anderer Parteien. - Hat diese Achtung vor uns Herr Dr. Schumacher in seinen Reden gezeigt? Und weiter: Herr Dr. Schumacher begründet den Anspruch auf Führung für die Sozialdemokratie damit, dass sie allein im Besitz der richtigen Weltanschauung sei. Ganz gleiche Begründungen für den Anspruch auf Führung im Staate habe ich früher schon von anderen Parteien gehört: von den preußischen Konservativen, die die Führung im Staate für sich verlangten, weil sie allein die richtige Auffassung vom Königtum und Staate hätten, von Nationalliberalen, die behaupteten, dass sie allein Bildung und Besitz besäßen und deswegen allein führen könnten. Es scheint sich doch in der Welt manches, wenn auch in abgeänderter Form, immer wieder zu wiederholen.

Wenn eine Partei für sich die Führung im Staate nur deshalb in Anspruch nimmt, weil sie im Besitze der richtigen Weltanschauung sei, die anderen Parteien aber nicht, so verträgt sich das nicht mit dem Wesen der Demokratie.

Warten Sie ab, Herr Dr. Schumacher, wie die demnächstigen Wahlen ausfallen. Ergeben sie wirklich eine größere Stimmenmehrheit für die Sozialdemokratie, nun, dann gebührt Ihnen auch die Tragung der Ver[antwortung].

Ich habe schon gesagt: Wenn ich lediglich Parteipolitiker wäre, könnte ich mich über die Ausführungen des anerkannten Führers der SPD freuen; denn sie bieten ein ganz ausgezeichnetes Kampfmaterial gegen die SPD, aber ich bin in erster Linie Deutscher, und als Deutscher kann ich nur mit dem größten Bedauern feststellen, dass aus den offiziellen Verlautbarungen der SPD der alte preußische Geist, das rücksichtslose undemokratische Streben nach der alleinigen Macht spricht, wie es nur je das preußische Junkertum besessen hat.

Das, meine Damen und Herren, ist tief bedauerlich und eröffnet wenig erfreuliche Aussichten für die Zukunft unseres Volkes. Ich bitte die Sozialdemokratische Partei und ihren Führer Herrn Dr. Schumacher herzlich, zurückzukehren zu der Auffassung vom Zusammenarbeiten mit der CDU, wie [wir] sie im Herbst vorigen Jahres gehabt haben, wie sie auf der Godesberger Tagung laut wurde, wie sie auch noch, wenn auch etwas abgeschwächt, aus den politischen Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren von Dr. Schumacher aus dem Herbst 1945 sprechen. Diese Richtlinien waren zwar nur für den Gebrauch der führenden Funktionäre gedacht, aber ich würde mich freuen, wenn sie der breiten Öffentlichkeit nicht vorenthalten würden.

Ich wende mich nun zu dem Parteiprogramm der SPD. Ich möchte es gerne kennen lernen. Dass wir es kennen lernen möchten, ist vielleicht kein Grund für die SPD, ein Parteiprogramm zu veröffentlichen, aber das deutsche Volk hat ein Recht darauf, ein ganz klares und ganz unzweideutiges Recht. Es muss, ich betone das immer wieder, von allen Parteien wissen, was sie wollen. Alle Parteien sind es dem deutschen Volk schuldig, klar und offen und ehrlich das auszusprechen.

Wir wollen, dass für die Rechte und Pflichten der Einzelperson, für die Leitung des Staates, für die Abgrenzung seiner Rechte, für die gesamte Wirtschaft und Kultur die christlichen Grundsätze, die Grundsätze der christlichen Ethik maßgebend sein sollen. Wir gehen also ganz prinzipiell nicht aus vom Interesse des Staates oder den Interessen einer einzelnen Klasse, sondern von der Freiheit und von der Würde der Einzelperson. Wovon geht die Sozialdemokratische Partei aus? Für sie ist anscheinend nach wie vor Sozialisierung der Produktionsmittel die Hauptsache. Ich bitte jeden einsichtigen Sozialdemokraten, sich doch mal in Ruhe zu überlegen, was es denn in Deutschland heutzutage zu sozialisieren gibt.

Die Sozialdemokratie will den Mittelstand, das Handwerk, die bäuerlichen Schichten für sich gewinnen. Sie schränkt darum ihre offiziellen Programme, die Enteignung des Grund und Bodens und aller Produktionsmittel verlangen, in ihren Reden ein. Sie gibt aber diese Programme nicht ausdrücklich preis. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die deutsche Öffentlichkeit hier Klarheit bekäme, was von den alten Parteiprogrammen aufgegeben wird und was nicht.

Ich habe noch eine weitere Frage. Herr Dr. Schumacher hat in einer Rede in Bonn erklärt, dass er aus der Schule des Marxismus komme. Am 24. Februar 1946 hat in einer öffentlichen sozialdemokratischen Versammlung auf dem Burgplatz in Essen der Vorsitzende der SPD Essen, Nießwand, unter starkem Beifall der Versammlungsteilnehmer erklärt, wir sind Marxisten und Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung. Wie steht es damit? Ist die Sozialdemokratie offiziell Anhängerin der materialistischen marxistischen Geschichtsauffassung, oder gibt sie diese preis? Herr Dr. Schumacher spricht auch wiederholt vom Klassenkampf. Hält die Sozialdemokratie am Klassenkampf fest oder nicht? Ich halte Klassenkampf mit Demokratie für nicht vereinbar. Ich bitte die Sozialdemokratie, ehe sie Entscheidungen trifft, doch sich folgendes klarzumachen: die materialistische Weltauffassung, die vor 1933 dem deutschen Arbeiter gepredigt worden ist, mit deren Hilfe man ihn aus den religiösen Bindungen losgelöst hat, hat große Schichten des Volkes erst reif gemacht für den nationalsozialistischen Gedanken der Staatsallmacht. Das ist es, worum es sich in Zukunft handeln wird: soll in Deutschland herrschen die christliche Auffassung oder soll herrschen die marxistische und materialistische Auffassung. Wenn die Sozialdemokratie jetzt die Bauern, die Handwerker, den Mittelstand gewinnen will, dann stehen ihr allerdings ihre alten Programme hindernd im Wege. Ich glaube, es wäre für die parteipolitische Situation in Deutschland gut, wenn sie Schluss machte mit diesem Programm und allem politischen Dogmatismus und sich bekannte zu einer fortschrittlichen sozialen Reformpartei.

In den oben von mir angeführten Richtlinien des Herrn Dr. Schumacher für den Gebrauch der führenden Funktionäre findet sich folgender Satz: "Die Voraussetzung für den Aufbau der neuen Ordnung ist absolut die demokratische Mittelschicht. Erfolg oder Niederlage, im besonderen des sozialdemokratischen Sektors, in dieser neuen Ordnung wird von dem Ergebnis dieser Beeinflussung der Mittelschichten abhängen." Dieser

Satz deutet doch unzweifelhaft auf eine Weiterentwicklung der Sozialdemokratischen Partei in dem oben von mir gekennzeichneten Sinne hin, während das Heidelberger Programm ja nur die Ziele und den Kampf der Arbeiterklasse betont.

Ich kann nicht über alle Parteien sprechen; es sind schon sehr viele in Deutschland zugelassen, aber einige Worte muss ich über das Zentrum sagen. Sie werden verstehen, dass ich das mit aller Reserve tue, schon deswegen, weil ich verschiedene Aussprachen gehabt habe - mit Dr. Hamacher und mit Herrn Spieker -, Aussprachen, die, wie ich hoffe, noch fortgesetzt werden. Zweierlei will ich hier hervorheben.

Die noch lebenden Führer der alten Zentrumspartei stehen alle bei uns, der CDU. Reichskanzler Marx, Reichskanzler Brüning, Thomas Esser, unsere altbewährten rheinischen Führer Mönning und Rings. Justizrat Carl Bachem, der verdiente Geschichtsschreiber der Zentrumspartei, der unlängst gestorben ist, hat, wie seine Frau mich autorisiert hat, zu erklären, bis zu seinem Tode für die CDU und gegen das neue Zentrum sich ausgesprochen. Das gleiche hat unser hochverdienter Freund Ruffini, der ja leider auch nicht mehr unter den Lebenden weilt, getan. Ein zweites muss ich noch sagen. Das neue Zentrum verteilt mancherlei Flugblätter. Nach dem einen ist an uns auszusetzen, dass wir nicht genügend katholisch seien, nach den anderen ist es falsch, dass wir uns christlich nennen, das gehöre sich nicht für eine politische Partei, sie versperre dadurch denjenigen den Zutritt, die nicht auf christlichem Boden stünden.

Beide einander derartig widersprechende Richtungen im neuen Zentrum behaupten sie, stützten sich bei ihren Beanstandungen der CDU auf das Programm des alten Zentrums. Beide Richtungen weise ich hin auf die letzte programmatische Erklärung des alten Zentrums, auf die Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei vom 19. Januar 1922. Dann heißt es:

"Die Zentrumspartei ist die christliche Volkspartei, die bewusst zur deutschen Volksgemeinschaft steht und fest entschlossen ist, die Grundsätze des Christentums in Staat und Gesellschaft, in Wirtschaft und Kultur zu verwirklichen."

Die Übersicht über politische Fragen, die ich Ihnen zu geben mich bemüht habe, würde in einem wesentlichen Punkte unvollständig sein, wenn ich nichts über das Verhältnis Deutschlands zu den Alliierten, insbesondere in unserer Zone, sagen würde. Beim Zusammenbruch des Nationalsozialismus war Deutschland ein Chaos. Hitler und seine Leute haben alles getan, um seinen Ausspruch wahrzumachen, dass Deutschland untergehen solle, wenn es sich weigere, weiter mit ihm zu kämpfen. Die Aufgabe, Deutschland aus diesem Zustand wieder herauszuführen, war und ist unendlich schwer. Ich habe die Überzeugung, dass die britische Militärregierung der Zone an diese Aufgabe mit Gewissenhaftigkeit und Ernst herangeht und sich nach besten Kräften bemüht, sie zu lösen. Ich habe weiter die Überzeugung, dass sie sich bemüht, die fürchterliche Nahrungsmittelknappheit soweit wie irgend möglich zu lindern. Man darf aber nie vergessen, dass eine allgemeine Hungersnot auf der Erde aus-

brechen muss, wenn in allen Ländern eine nicht zu schätzende Zahl von Millionen durch den Krieg der friedlichen Arbeit über sechs Jahre lang entzogen wird. Ich glaube, diese Ausführungen der Gerechtigkeit willen hier machen zu sollen, obgleich die Besatzung bei dem Grade der Zerstörung unserer Wohnstätten eine besonders drückende Last für uns ist. Das deutsche Volk hat trotz der Untaten des Nationalsozialismus einen Anspruch darauf, nicht allein nach dieser Epoche seiner Geschichte beurteilt zu werden. Besatzung ist immer eine sehr unangenehme Sache; in erster Linie natürlich für die davon Betroffenen. Aber ich könnte mir denken, dass auch die besetzende Macht keine reine Freude an dieser Art ihrer Tätigkeit hat. Dass die Besatzung hier im Westen, wo so wenige unzerstörte Wohnungen sind, die Bevölkerung besonders hart trifft, ist bekannt. Ich bitte alle Stellen der britischen Militär-Regierung, uns diese Lasten möglichst erträglich zu machen.

Außenpolitik wird Deutschland vorerst nur in beschränktem Umfang treiben können. Sein Ziel muss sein, an der friedlichen Zusammenarbeit der Völker in der Vereinigung der Nationen gleichberechtigt teilzunehmen. Die Lasten, die der verlorene Krieg Deutschland gegenüber anderen Ländern auferlegen wird, sollten so bemessen werden, dass Deutschland sie tragen und ihnen gerecht werden kann, denn auch der Besiegte behält das Recht auf Leben und Arbeit. Bitterste Not ohne Hoffnung ist das stärkste Hindernis jeder friedlichen Entwicklung. Auch der Sieger, der im Besitze der Macht ist, hat nach menschlichem und göttlichem Recht Pflichten gegenüber dem Besiegten.

Europa ist nur möglich, wenn eine Gemeinschaft der europäischen Völker wiederhergestellt wird, in der jedes Volk seinen unersetzlichen, unvertretbaren Beitrag zur europäischen Wirtschaft und Kultur, zum abendländischen Denken, Dichten und Gestalten liefert. Wir hoffen, dass einmal wieder auch der deutsche Geist im Chor der Völker seine Stimme erheben wird.

Eine deutsche Reichsgewalt existiert zur Zeit nicht mehr. Die ganze Gewalt in Deutschland ist in den Händen der Alliierten. Alle deutschen Stellen und Behörden arbeiten kraft ihres Auftrages. Dass dieser Zustand möglichst bald ein Ende haben muss, auch nach der Auffassung der Alliierten, brauche ich nicht zu betonen. Was soll werden?

Wir wollen, dass Deutschland neu entsteht. Wir wollen nicht das Bismarcksche Reich unter preußischer Führung. Wir wollen nicht das zentralistische Deutschland des Nationalsozialismus, wir wollen nicht den deutschen Staatenbund, den der der Sozialdemokratischen Partei angehörende bayerische Ministerpräsident Högner in seiner Eröffnungsrede für den bayerischen Beratenden Ausschuss verlangt hat. Wir wollen, dass ein Bundesstaat geschaffen wird, ein Bundesstaat, dessen Zentralgewalt alles das bekommt, was zum Bestehen des Ganzen vernünftigerweise nötig ist, aber auch nicht mehr als das. Wir wollen, dass die einzelnen Länder dieses Bundesstaates weitgehend eigene Verantwortung tragen auf allen Gebieten, in denen eine zentrale Verwaltung nach dem oben Gesagten nicht nötig ist. Das ganze Deutschland, sowohl die Zent-

ralverwaltungen wie auch die Länderverwaltungen, soll möglichst dezentralisiert werden.

Es sollen von den Gemeinden her die Menschen erfasst und zur Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten aufgerufen werden. Die Gemeinde ist für uns die Keimzelle jedes staatlichen Lebens. In ihr üben sich die politischen Kräfte, und durch sie erst erhält der Bürger das konkrete Staatsgefühl.

Ich kenne die Besorgnisse der westlichen Nachbarn Deutschlands. Ich verstehe und würdige sie nach den Erfahrungen, die sie in den letzten hundert Jahren gemacht haben, in vollem Umfange. Ich halte es für unrichtig, sie zur Beruhigung auf die heutige politische Machtverteilung in Europa hinzuweisen. Alles ist ständig im Fluss und ändert sich unter der Sonne!

Es muss eine Lösung der deutschen Frage gefunden werden, die organischer Natur und darum von Dauer ist und die unseren westlichen Nachbarn beruhigt und ihm das Gefühl von dauernder Sicherheit gibt, auf das er einen berechtigten Anspruch hat. Eine Abtrennung dieser Gebiete von Deutschland ist keine derartige Lösung.

Mit der Abtrennung allein ist es nicht getan. Wer eine solche Abtrennung vornimmt, muss sich auch die Frage vorlegen, was denn aus dem übrigen Deutschland werden soll, ob das übrige Deutschland nicht dadurch, um einen Ausspruch eines ausländischen Blattes zu gebrauchen, zu einem verwesenden Leichnam mitten in Europa wird, der genau so tödlich für dieses sein würde, wie ein siegreiches nationalsozialistisches Deutschland es gewesen wäre. - Ich bin Deutscher und bleibe Deutscher, aber ich war auch immer Europäer und habe als solcher gefühlt. Deshalb bin ich von jeher für eine Verständigung mit Frankreich eingetreten, und ich habe ihr in den Zwanziger Jahren bei den schwersten Krisen gegenüber der Reichsregierung das Wort geredet. Ich bin nie eingetreten für eine Abtrennung deutschen Gebietes, sondern immer nur für eine vernünftige, beiden Interessen gerecht werdenden Verständigung. Ich bin deshalb in den Zwanziger Jahren für eine organische Verflechtung der französischen, der belgischen und der deutschen Wirtschaft zur Sicherung eines dauernden Friedens eingetreten, weil parallel laufende, gleichgeschaltete wirtschaftliche Interessen das gesündeste und dauerhafteste Fundament für gute politische Beziehungen zwischen den Völkern sind und immer bleiben werden. Heute sind ganz andere Zukunftsmöglichkeiten für Westeuropa, für ganz Europa möglich als damals.

Wenn die augenblickliche internationale Spannung ohne Entladung vorüber ist - und Gott gebe es, dass sie ohne Entladung vorüber geht -, so wird der Gedanke der internationalen Zusammenarbeit der Völker, der Verurteilung kriegerischer Auseinandersetzung seine Feuerprobe bestanden haben und einen großen Schritt weiter gekommen sein.

Dann muss meines Erachtens das Problem der Vereinigten Staaten von Europa unter Einschluss Deutschlands von den Vereinten Nationen in

Angriff genommen werden. Die Vereinigten Staaten von Europa sind die beste, sicherste und dauerhafteste Sicherung der westlichen Nachbarn Deutschlands. Bis zur Begründung der Vereinigten Staaten von Europa lassen sich für diese Nachbarn ohne Zerstückelung Deutschlands völlig genügende Sicherungen treffen: kein Reich mehr unter preußischer Führung, kein zentralistisches Reich. Der Militarismus ist tot, wirtschaftliche Befriedigung und Beruhigung Deutschlands, Unterstützung des Prinzips der Demokratie und der Völkerverständigung in Deutschland, Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und seiner westlichen Nachbarn einschließlich derjenigen Englands.

Nun lassen Sie mich schließen mit einem Wort an meine Kölner Mitbürger. Ich darf Sie ja so nennen, wenn ich auch nicht mehr unter Ihnen wohne, bleibe ich doch Kölner. Verlieren Sie den Mut nicht. Ich weiß, wie es bei Ihnen aussieht, und trotzdem sage ich, verlieren Sie den Mut nicht: Köln wird wiedererstehen, wenn die gesamte Bürgerschaft, alle Stände, alle Schichten bei diesem Werke zusammenarbeiten. Wenn Gott es will, können Sie in den nächsten zwei Jahrzehnten alle die Pläne ausführen, die wir vor 1933 entwickelt haben: Sie können den Dom retten, ihm eine würdige Umgebung schaffen, die Stadt sich wieder lagern lassen an dem herrlichen Rund unsers Rheinstromes, indem Sie den Hauptbahnhof entfernen. Sie dürfen unter keinen Umständen zulassen, dass der Hauptbahnhof an dieser Stelle bleibt, denn sonst bleibt die Verkrüppelung dieser Stadt ewig. Sie können der Altstadt wieder den Charakter geben, den sie nie hatte verlieren dürfen, den Charakter einer schönen, mit den erhabenen Werken kirchlicher und profaner mittelalterlicher Baukunst durchsetzten Wohnstadt ohne Armutsviertel, ohne Hinterhäuser, durchflutet von Licht und Sonne. Sie können die Menschen aus der Steinwüste herausführen, sie siedeln lassen am äußeren Grüngürtel in Gottes freier Natur. Sie können ihnen wiedergeben die Verbundenheit mit Erde und Himmel. Es wird viel Arbeit, viel Geduld kosten, aber es wird gehen, wenn viel Liebe dabei ist. Diese Liebe zu unserer Stadt, ihrer Vergangenheit, ihrer Geschichte, ihrer Kultur, ihrer Sprache, ihrem Geiste haben wir Kölner ja alle. Darum nicht verzagen!

Wir haben früher in schönen Tagen bei schönen Festen so oft unser Köln leben lassen. Heute soll unser altüberkommener Ruf, der viele hundert Jahre alt ist, sein ein Ruf der Treue zu unseren Überlieferungen und ein Gelöbnis, Köln wiedererstehen zu lassen in seiner Schönheit und in seiner besonderen Art. Rufen Sie mit mir: Unser altes, liebes Köln, Alaaf!

Quelle: Schriftenreihe der Christlich Demokratischen Union des Rheinlandes. Heft 8. Köln o.J.